

Der Zimmerer

Organ des Zentralverbandes der Zimmerer u. verw. Berufsgenossen Deutschlands (Stz Hamburg)

und Publikationsorgan der Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Zimmerer (Ersatzkasse) in Hamburg

Erscheint wöchentlich, Sonnabends.
Abonnementspreis pro Quartal (ohne Bestellgeld) M. 1,50.
Zu beziehen durch alle Postanstalten.

Herausgegeben vom
Zentralverband der Zimmerer und verw. Berufsgenossen Deutschlands
Hamburg 1, Befensbinderhof 57, 4. Et.

Anzeigen:
Für die dreispaltige Zeile oder deren Raum 80 A
für Versammlungsanzeigen 10 A pro Zeile.

Ueber die Organisationsverhältnisse, Stundenlöhne und täglichen Arbeitszeiten im Zimmererberufe Deutschlands

hat unser Zentralverband in den Jahren 1906, 1911, 1912 und 1913 eine Statistik erhoben und die Resultate publiziert (vergleiche „Der Zimmerer“ Nr. 25, Jahrgang 1914). In den Kriegsjahren 1914 und 1915 sind diese Erhebungen unterblieben, aber im Jahre 1916 sind sie wieder vorgenommen. An diesen Erhebungen haben sich 642 Zahlstellen beteiligt, die 893 Lohngebiete mit 10 014 Orten, 5498 Betrieben mit 24 713 Zimmerern, wovon 18 118 Verbandsmitglieder waren, umfaßten. Von den Lohngebieten mußten 112 ausscheiden, weil darin keine Zimmerer beschäftigt wurden, sondern nur Verbandsmitglieder wohnen. Es kommen also nur 781 Lohngebiete in Betracht. Von den 18 118 Verbandsmitgliedern waren 382 im Kriegsgebiet und 962 in andern Berufen beschäftigt, 348 waren krank und 79 ohne Arbeit, 16 347 waren hingegen als Zimmerer im eigentlichen Verbandsgebiet beschäftigt. Wie sich die im Verbandsbereich ermittelten Zimmerer auf die in Betracht kommenden Betriebe verteilen, zeigt die nachstehende Zusammenstellung:

Art der Betriebe	Anzahl der Betriebe	Anzahl der beschäftigten	
		Zimmerer	Verbandsmitglieder
Baubetriebe	2455	11027	7348
Zimmereibetriebe	2059	7461	5182
Betonbetriebe	302	2881	2215
Andere Betriebe	682	3844	1602
	5498	24713	16347

Demnach waren von je 100 ermittelten Zimmerern 66,17 Verbandsmitglieder, im Jahre 1913 waren von je 100 ermittelten Zimmerern 73,80, im Jahre 1912 74,20, im Jahre 1911 59,16 und im Jahre 1906 69,01 Verbandsmitglieder. Auf je zwei organisierte Kameraden kommt immer noch ein unorganisierter. Das Verhältnis war, wie wir sehen, mit Ausnahme im Jahre 1911, in früheren Jahren besser. Gewiß, in den verschiedenen Arten von Betrieben ist auch das Organisationsverhältnis verschieden. Von je 100 in den Baubetrieben ermittelten Zimmerern waren 66,64, von je 100 in den Zimmereibetrieben ermittelten Zimmerern 69,45, von je 100 in den Betonbetrieben ermittelten Zimmerern 76,88, und von je 100 in andern Betrieben ermittelten Zimmerern 47,91 Verbandsmitglieder. Hinzu kommt, daß die Veränderung der Produktion auch eine starke Verschiebung der Zimmerer im Gefolge hatte. 1541 Verbandsmitglieder gehörten einer andern Zahlstelle an, als derjenigen, in deren Bereich sie beschäftigt waren. Bei solchen Verschiebungen pflegt auch das Organisationsverhältnis sich zu lockern. Es kommt dann darauf an, daß auf den Baustellen Agitation betrieben wird und die Verbandsbücher regelmäßig gegenseitig kontrolliert werden. Es scheint nicht so, als ob dies allermwärts geschehen wäre, sonst würde das Organisationsverhältnis sicherlich besser gewesen sein.

Auf mangelhafte Organisation an manchen Stellen deuten auch die Verschiedenheiten in den Lohnerhöhungen hin, die im Jahre 1916 erzielt worden sind. Während bei unsern Erhebungen 781 Lohngebiete festgestellt worden sind, wo 16 347 Verbandsmitglieder in Arbeit standen, sind nur in 725 Lohngebieten mit zusammen 15 775 Verbandsmitgliedern die Löhne erhöht worden, obgleich die zentralen Vereinbarungen vom 3. und 4. Mai 1916 allermwärts hätten durchgeführt werden müssen. Während in 56 Lohngebieten mit zusammen 472 Verbandsmitgliedern gar keine Lohnerhöhungen stattgefunden haben, bleiben in 108 Lohngebieten mit zusammen 606 Verbandsmitgliedern die eingetretenen Lohnerhöhungen unter dem vereinbarten Mindestansatzschlag von 7 A pro Stunde zurück. Die Erhöhungen der Stundenlöhne im Jahre 1916 betragen:

1 A in	2 Lohngebieten mit	8 Mitgliedern
2	17	118
3	18	73
4	22	88
5	35	196
6	14	123
7	130	946
8	16	146
9	8	55
10	356	8079
11	35	2507
12	12	201
13	8	229
14	6	1327
15	6	409
16	8	33
18	1	5
19	2	199
20	6	95
21	3	226
22	1	11
23	3	62
24	1	62
25	3	56
26	1	4
29	1	80
30	4	62
32	9	347
37	2	28

Diese Gruppierung der Lohnerhöhungen nach Lohngebieten unterscheidet sich von der im „Zimmerer“ Nr. 25 gegebenen, nach Zahlstellengebieten geordneten Gruppierung, weil der Bereich vieler Verbandszahlstellen in mehrere Lohngebiete mit verschiedenen Stundenlöhnen sich gliedert. Die im Jahre 1916 tatsächlich gezahlten Stundenlöhne veranschaulicht die nachstehende, mit Aufzählungen von 5 A zu 5 A geordnete Zusammenstellung:

Stundenlöhne	Lohngebiete	Verbandsmitglieder
36 bis 40	14	39
41 " 45	28	151
46 " 50	46	251
51 " 55	120	857
55 " 60	148	1871
61 " 65	187	2306
66 " 70	88	1478
71 " 75	86	2245
76 " 80	43	1962
81 " 85	47	2814
86 " 90	8	994
91 " 95	6	400
96 " 100	4	1140
101 " 105	6	339
	781	16347

Der Durchschnitt aller Stundenlöhne dieser 16 347 Verbandsmitglieder beträgt 74,84 A; er ist 0,46 A geringer als der in Nr. 25 des „Zimmerer“ errechnete. Seit dem Jahre 1913, wo die Stundenlöhne auf demselben Wege ermittelt worden sind wie im Jahre 1916, wurden die tariflichen Stundenlöhne im Durchschnitt um 15,61 A erhöht. Der ermittelte Durchschnitt aller tatsächlich gezahlten Stundenlöhne erhöhte sich in der gleichen Zeit aber um 16,47 A. Wie sich seit 1913 der Durchschnitt aller gezahlten Stundenlöhne in den preussischen Provinzen und Bundesstaaten entwickelte, zeigt die nachstehende Tabelle:

Preussische Provinzen	Der durchschnittlich gezahlte Stundenlohn	
	1916	1913
Ostpreußen	88,37	55,44
Westpreußen	69,65	52,64
Brandenburg	87,11	63,78
Pommern	65,36	52,13
Posen	65,04	50,76
Schlesien	63,18	47,91
Provinz Sachsen	68,89	51,37
Schleswig-Holstein	83,17	66,03
Hannover	73,77	57,46
Westfalen	69,60	59,06
Westfalen	74,57	59,00
Rheinland	83,89	64,36
Preußen insgesamt	75,81	56,95

Bundesstaaten	Der durchschnittlich gezahlte Stundenlohn	
	1916	1913
Preußen	75,81	56,95
Bayern	73,03	59,13
Rheinpfalz	75,95	64,17
Sachsen	75,55	59,51
Württemberg	75,29	58,71
Baden	75,37	60,79
Hessen	70,35	54,06
Mecklenburg-Schwerin	59,76	49,81
Weimar	61,57	48,75
Mecklenburg-Strelitz	58,69	47,69
Oldenburg	75,32	60,24
Braunschweig	67,45	53,30
Meiningen	53,78	45,62
Altenburg	63,93	50,10
Coburg-Gotha	57,01	46,86
Anhalt	62,38	50,77
Schwarzburg-Rudolstadt	49,58	40,79
Schwarzburg-Sondershausen	56,73	46,25
Waldeck	56,00	43,19
Reuß ältere Linie	63,00	48,07
Reuß jüngere Linie	65,85	50,22
Lippe-Deimold	—	48,35
Schaumburg-Lippe	58,40	46,11
Lübeck	82,00	68,88
Bremen	79,70	69,65
Hamburg	97,62	85,05
Elb-Lothringen	73,77	61,21
Deutsches Reich	74,84	58,37

* Im Bundesstaat Lippe-Deimold waren im Jahre 1916 gar keine Verbandsmitglieder beschäftigt.

Die tägliche Arbeitszeit in den Sommermonaten betrug:

11 Stunden in	1 Lohngebiet mit	1 Mitglied
10½ " " 2 Lohngebieten	70	7826
9½ " " 9 " "	78	"
9¼ " " 81 " "	4592	"
9 " " 39 " "	3780	"

Von je 100 Verbandsmitgliedern arbeiteten in den Sommermonaten pro Tag:

Arbeitszeit	1916	1913
11 Stunden	0,01	0,88
10½ "	0,42	0,24
10 "	47,87	66,20
9½ "	0,48	0,29
9¼ "	28,10	14,95
9 "	23,12	17,44

Für 593 Lohngebiete mit 13 929 Verbandsmitgliedern war der Reichstarifvertrag, für 84 Lohngebiete mit 1846 Verbandsmitgliedern waren lokale Tarifverträge maßgebend, und für 104 Lohngebiete mit 572 Verbandsmitgliedern bestanden keine tariflichen Vereinbarungen.

Alles in allem: Für unsere Organisation im Zimmererberufe bleibt noch recht viel zu tun übrig. Aber wie die vorstehenden Zahlen zeigen, fehlt es auch nicht an Organisationsaufgaben im Verbandsbereich. Unsere Berufsgenossen und Verbandskameraden für beides zu interessieren, ist der Zweck der vorgeschlossenen Arbeit. Sobald wieder Erhebungen veranstaltet werden, muß sofort nachgefaßt und auf die noch unorganisierten Berufsgenossen eingewirkt werden, damit sie sich unserm Zentralverband als Mitglieder anschließen, und es darf dann nicht nachgelassen werden, bis auch der letzte unserm Zentralverband angehört. Gerade jetzt, wo infolge des langwierigen Krieges das Versammlungsleben an recht vielen Orten darniederliegt, ist es Aufgabe eines jeden Verbandskameraden, auf der Arbeitsstelle für unsern Zentralverband Agitation zu betreiben.

Um festzustellen, wie die zentralen Vereinbarungen vom 27. August 1917 durchgeführt worden sind, werden in den nächsten Wochen Erhebungen veranstaltet, die mit einer Agitation für unsern Zentralverband verknüpft werden sollen. Das dazu notwendige Material wird den Zahlstellenvorständen durch die Gauleiter zugestellt.

Tastversuche.

Die Verhandlungen des Haushaltsausschusses in der vorigen Woche gehören mit zu den denkwürdigsten, die im Reichstage jemals geführt worden sind, hoffentlich auch zu den fruchtbringendsten. Das A und das B der Bestrebungen, die der Reichstag zunächst in der inneren Politik zur Durchführung zu bringen hat, ist die Demokratisierung unseres Staatswesens. Auch die parlamentarische Regierungsweise ist nur ein Teil des demokratischen Systems, das an Stelle des geltenden autokratischen und bürokratischen gesetzt werden soll. Friedrich Naumann hat zwar in seiner neuesten Druckschrift die Behauptung aufgestellt und als erwiesen zu begründen versucht, daß wir in Deutschland mindestens das Maß an staatsbürgerlichen Freiheiten genießen wie die Bewohner Frankreichs und Englands, und das Zerbild, welches in der Entente-Prese über die innerpolitischen Zustände Deutschlands entworfen wird, ist zweifellos in vielen Punkten verschroben; aber das alles schafft nicht die Tatsache aus der Welt, daß im Reiche wie in einzelnen Bundesstaaten noch verfassungsmäßige Rechtszustände zu finden sind, die jeder modernen Auffassung ins Gesicht schlagen.

Es braucht gar nicht daran erinnert zu werden, daß beispielsweise die beiden Großherzogtümer Mecklenburg noch keine aus Wahlen hervorgehende Volksvertretung besitzen. Auch im Reiche, dessen Wahlrecht allerdings freier und demokratischer ist als das englische, bestehen noch arge Mißstände, die der Beseitigung dringend bedürfen. Da ist in erster Linie an die Einflußlosigkeit der Volksvertretung auf die Befehung der höchsten Staatsämter zu denken. Befinden sich unter den fünfundsiebzig deutschen Bundesstaaten neben zweiundzwanzig erblichen Monarchien nur drei Republiken, nämlich die drei Hansestädte Hamburg, Lübeck und Bremen, ist also in den weitaus meisten deutschen Bundesstaaten das Volk von vornherein von der Einflußnahme auf die Person, in deren Händen die oberste Regierungsgewalt gelegt ist, ausgeschlossen, so sollte doch wenigstens bei der Wahl des leitenden Ministers das Volk durch seine parlamentarische Vertretung mitwirken dürfen. Auch das ist nicht der Fall. Weber die Wähler noch ihre Vertreter werden befragt, sondern die Träger der Kronen besetzen die Posten der leitenden Staatsämter ganz selbständig, und die Wähler müssen abwarten, auf wen die Wahl fällt.

Im Reiche hat die Wahl des Dr. Michaelis zum Reichskanzler berechtigtes Erstaunen ausgelöst. Kein Mensch hatte mit ihm als dem kommenden Ranke gerechnet. Daß ihm von gefügigen Hebern bereitwillig Vorschußloberbeeren gewidmet wurden und daß man einige Stunden nach seiner Ernennung lesen konnte, er sei der geeignetste Mann, die Reichsgeschäfte zu leiten, waren noch kein Beweis dafür, daß das der Fall ist. Auch die Hervorhebung des Umstandes, daß er und die bald darauf ernannten sieben Staatssekretäre und preussischen Minister fast ausschließlich Bürgerliche seien, konnte nur bei recht Naiven die Meinung erwecken, nunmehr sei bereits ein wichtiger Schritt in der Demokratisierung unseres Staatslebens zurückgelegt worden. Der bürgerliche oder adlige Name der leitenden Staatsmänner ist nicht entscheidend. Mancher Junker ist demokratischer als mancher Bürgerliche; die wichtigsten demokratischen Reformen vor hundert Jahren verbanden Preußen dem Freiherrn vom Stein. Wichtiger als sein bürgerlicher Name wäre gewesen, daß Dr. Michaelis demokratisch denkt. Das ist leider ganz und gar nicht der Fall. Seine konservative Richtung wird vielmehr noch verstärkt durch einen starken religiösen, positiv kirchlichen Einschlag. Als er in seiner Antrittsrede im Reichstage am 10. Juli die bekannten Worte, „wie ich sie auffasse“, in seine Zustimmung zur Friedensresolution einschob, hat er das unmittelbar darauf damit erklärt, er habe geglaubt, diesen Zusatz seinem Gotte und seinem Gewissen schuldig zu sein. Es wäre schon besser, ein Reichskanzler betrachte das Verhältnis zu seinem Gotte als eine Privatangelegenheit und schaltet es bei seinem Wirken als Staatsmann aus.

Es soll keinen Augenblick bezweifelt werden, daß Michaelis den durchaus ehrlichen Willen hat, den Zeitumständen gerecht zu werden. Aber der gute Wille reicht nicht aus; es müssen der sichere Blick und die Fähigkeit, das Gewollte zu verwirklichen, hinzutreten. Da hapert's beim neuen Kanzler. Als Bethmann zurücktreten mußte, geschah es, weil sich um seinen Namen in den Augen des Auslandes ein Dunstkreis von Zweideutigkeit und Unselbständigkeit gelagert hatte. Sein Nachfolger hatte deshalb die Aufgabe, alles, was er sagte und tat, in so kristallklarer Reinheit und Schärfe hervortreten zu lassen, daß auch der übelste Wille an dem Versuche scheitern mußte, den Worten und Taten verschiedene Auslegung zu geben. Das war des neuen Kanzlers, mochte er bürgerlichen oder adligen Namen tragen, wichtigste Aufgabe. Dr. Michaelis hat sie nicht gelöst. Sein verhängnisvolles „wie ich sie auffasse“ hat im Inlande wie im Auslande der Behauptung, die deutsche Reichspolitik sei hinterhältig, billigen Vorschub geleistet, und die Schlussworte seiner Antrittsrede, er werde sich die Führung der Geschäfte

nicht aus der Hand nehmen lassen, war weit davon entfernt, entstandene Zweifel zu zerstreuen.

Hatte sein erstes Auftreten dem Auslande gegenüber nicht die dringend erforderliche Wirkung gehabt, so vergriff er sich auch in den Maßnahmen der inneren Politik. Was er unternahm, waren ungenügende und unbefriedigende Halbmheiten. Sollte das erste gesellschaftliche Zusammenreffen des Kaisers mit Parlamentariern im Garten des Reichsamtes des Innern auf eine Anregung des Dr. Michaelis zurückzuführen sein, was sehr zu bezweifeln ist, so würde auch das erkennen lassen, wie wenig er den Ernst der inneren Lage zu erfassen vermag und daß er sich völlig täuscht, wenn er meint, mit solchen Mitteln die vorhandene, wachsende nicht geringe Spannung im Innern entladen zu können. Noch viel verderblicher war sein Bekenntnis im Haushaltsausschusse am 22. August, er habe sich nicht auf die Friedensresolution des Reichstages festgelegt und in den Vorbesprechungen über dieselbe diese Auffassung auch zum Ausdruck gebracht. Das letztere wurde sofort von den Parteivertretern, die im Juli mit ihm die Verhandlungen geführt hatten, einmütig bestritten, und das „nicht festgelegt haben“ mußte sofort unter Preisgabe der Worte „wie ich sie auffasse“ vom Kanzler nachgeholt werden. Aber der Eklat war doch für das Ausland gegeben, und der neue Reichskanzler erscheint unsern Feinden nach dreiwöchiger Amtsführung schlimmer belastet, als Bethmann nach drei Kriegsjahren es war.

Dieselbe unbefriedigende Lasterei macht sich beim neuesten Schritt des Kanzlers bemerkbar. Am 18. August ließ er durch die „Nordb. Allg. Ztg.“ verkünden, er werde am 21. August im Haushaltsausschusse eine politische Rede zur Papstnote halten. Der 21. August kam; die Welt spannte auf die Rede, aber die Rede kam nicht, sondern die Eröffnung, es müßten erst Vereinbarungen mit den Verbündeten getroffen werden, doch solle dem Reichstage entscheidenden Einfluß eingeräumt bleiben; das Nähere werde noch bekanntgegeben werden. Zwei Tage darauf wurde „das Nähere bekannt“, daß nämlich ein Sonderausschusse des Reichstages von sieben Mann mitwirken solle. Schon das befriedigte nicht. In letzter Stunde erfuhr man zudem, daß außer den sieben Abgeordneten auch noch sieben Mitglieder des Bundesrates an der Beantwortung der Papstnote teilnehmen werden. Was dabei herauskommen wird, trotz aller vom Kanzler erklärten „Sympathie“, wird man ja sehen.

Bei Erledigung der elsäß-lothringischen Frage, bei Einlösung der preussischen Wahlrechtsfrage, bei den weiteren Schritten zur Parlamentarisierung der Reichsmaschinerie dieselben ungenügenden und unbeholfenen Tastversuche. Das ist nicht das, was das deutsche Volk erwartet und verlangt, worauf es ein volles Anrecht erworben hat und von dem es um keines Striches Breite abzuweichen gewillt ist. Zum Hinüberpendeln ist keine Zeit mehr. Kein Takt, sondern geradliniges Handeln in der Richtung strenger Demokratisierung ist das Gebot der Stunde. Wird ihm der Kanzler nicht gerecht, so wird er in dem dann unvermeidlichen Konflikt unterliegen, und die „Führung“ wird aus seinen Händen gleiten, mag er wollen oder nicht.

Zur Frage der Mietsteigerungen.

(Vom Deutschen Wohnungsausschusse.)

Seit einiger Zeit sind die Hausbesitzerorganisationen bemüht, unter Androhung der Wohnungseinstellung eine planmäßige Erhöhung der Mieten durchzusetzen. Nach den Mitteilungen der Tagespresse sind in sehr zahlreichen Gemeinden Groß-Berlins auf Veranlassung der Hausbesitzervereine und -verbände in großem Umfange Mietsteigerungen erfolgt, von denen viele über die empfohlenen Steigerungssätze von 10 bis 25 pZt. noch hinausgehen. Trotz der Verlängerung der Umzugsfristen befürchtet man, daß am 1. Oktober in manchen Stadtbezirken Groß-Berlins viele Familien keine Wohnung finden werden. Auch mit der wachsenden Abneigung der Hausbesitzer, an Kriegesfamilien zu vermieten, muß gerechnet werden. Ähnliche Zustände werden auch in anderen Städten erwartet, nachdem sich auch dort die Hausbesitzervertretungen zu ähnlichem Vorgehen entschlossen haben. So hat zum Beispiel nach Pressemitteilungen der Verband der Haus- und Grundbesitzervereine für das rheinisch-westfälische Kohlenrevier zu Geisenkirchen bereits Ende Mai seinen Mitgliedern eine allgemeine Erhöhung der Mieten empfohlen, woraufhin dann alsbald der Dortmunder Haus- und Grundbesitzerverein eine allgemeine Erhöhung der Mieten um 15 pZt. beschlossen hat. Aus zahlreichen Gegenden Deutschlands, so aus Graubünden, Hamburg, Altona, Erfurt, Merseburg, Waupen, Suhl, Koblau, Wattenstein, Günzigfeld, Pforzheim, wird über beschlossene oder beabsichtigte allgemeine Mietsteigerungen und über die besondere Notlage der Mieter berichtet.

Die Mieter haben sich gegen dieses planmäßige Vorgehen der Hausbesitzer in einzelnen Städten bereits zur Wehr gesetzt. So haben sich der „Schutzverband der Geschäfts- und Privatmieter von Steglitz und Umgebung“ und der „Mieterverein des Groß-Berliner Westens“ mit einer Eingabe an das Oberkommando in den Marken gewandt mit dem Ersuchen, eine allgemeine Mietsteigerung zu verbieten. Der Charlottenburger Mieterverein verlangt in einer Witzschrift an die maßgebenden Behörden und an die Parlamente im Reich und in Preußen das vorläufige Verbot von Mietsteigerungen in Groß-Berlin bis zu einem bestimmten Jahresmietzins, etwa bis zu M 2000, ferner das Verbot von unbilligen Kündigungen und die Entschekung von

Streitigkeiten durch paritätisch zusammengesetzte Mietemittlungsämter. Er hat gleichzeitig das Oberkommando um vorläufige Schutzmaßnahmen. Ferner hat sich der aus zahlreichen Vereinen und Verbänden bestehende „Christlich-nationale Ausschusse für soziale Angelegenheiten“ in Groß-Berlin mit einer ausführlichen Eingabe an das Oberkommando in den Marken gewandt und um schleunige Inangriffnahme einer Regelung dieser Frage, insbesondere aber um die Einführung einer Anzeige- und Genehmigungspflicht für alle Mietsteigerungen erucht. Die Berliner Gewerkschaftskommission will ebenfalls in einer Eingabe an das Oberkommando darlegen, daß weite Kreise der Arbeiterbevölkerung unter Mietsteigerungen von 10 pZt. und mehr gerade gegenwärtig sehr leiden würden, und sie will ferner den Bundesrat um ein Verbot jeglicher Mietsteigerungen während des Krieges eruchen. Auch im Reichstage ist die Frage der Mietsteigerungen bereits behandelt worden: einmal durch eine kleine Anfrage des sozialdemokratischen Abgeordneten Göhre und sodann neuerdings durch eine sozialdemokratische Interpellation.

Die Antworten der von Abhöle angegangenen öffentlichen Stellen lauten verschieden. Das Oberkommando in den Marken weist darauf hin, daß eine befriedigende Regelung der Angelegenheit für das Wirtschaftsgebiet von Groß-Berlin auf Grund der Zuständigkeit der militärischen Befehlshaber nicht möglich sei, hat aber die Eingaben dem Reichsamt des Innern überwiesen. Auf die Anfrage Göhres im Reichstage erklärte Ministerialdirektor Dr. Sawald, daß Einrichtungen getroffen werden sollen, die im Einzelfalle Abhilfe schaffen. Nach einer offiziellen Notizricht schweben hierüber Verhandlungen im Bundesrat. Auf die sozialdemokratische Interpellation erwiderte Staatssekretär Helfferich, indem er unter Abwägung der Lage der Hausbesitzer wie der Mieter Maßnahmen gegen unangebrachte Mietsteigerungen in Aussicht stellte. — Die Gemeinden haben bisher nur vereinzelt zu der Frage der Mietsteigerung Stellung genommen, so der Magistrat und die Stadterordnetenversammlung in Charlottenburg.

Wie man aus dem Vorstehenden erhellt, hat die ganze Frage schon eine ziemlich breite Ausdehnung gewonnen; aber trotzdem ist sie anscheinend in ihrer grundsätzlichen Bedeutung noch nicht richtig gewürdigt worden. Offenbar stehen wir nämlich erst am Anfang der Mietsteigerungen, weitere umfassende und starke Steigerungen sind zu befürchten. Eine solche Entwicklung hätte aber etwas ungemein Ernstes, sowohl für die Zeit im Kriege wie auch für die Zeit nachher, zumal die Mietsteigerungen in vielen Fällen zugleich auf eine unerbittliche Bereicherung der Hausbesitzer hinauslaufen würden. Hier den richtigen Ausgleich zu finden, ist eine ebenso verwickelte wie bedeutungsvolle soziale Aufgabe, deren Lösung auf die Dauer aber wohl kaum durch Genehmigungspflicht und Verbote allein wird erfolgen können, sondern zu der es vor allem auch großer positiver Maßnahmen der Wohnungspolitik bedürfen wird.

Uebergangswirtschaft und Arbeiterfrage.

S. A. K. Wer immer über dieses große Gebiet sich unterrichten will, der sollte an einer Abhandlung aus bürgerlicher Feder nicht vorübergehen: an der Arbeit obigen Titels, die Dr. Gerhard Albrecht zuerst im „Preussischen Verwaltungsblatt“ erscheinen ließ und die nun seit wenigen Wochen im Sonderabdruck als Broschüre vorliegt. Nicht, daß diese Schrift für alle Fragen des Problems die nur zu akzeptierende Müß und klare Lösung weist. Dazu ist der Verfasser wohl auch nicht imstande, zumindest reicht dazu der Raum einer kleinen Broschüre nicht aus. Aber es ist schon ein hoher Gewinn, erst mal die vielen Seiten des Problems und die ins Auge gefassten Pläne zu sehen. Und dies vermittelt die Schrift auf kleinem Raum in einer reichen Weise. Und ein weiterer Gewinn ist der überzeugende Eindruck, den sie hinterläßt von der Notwendigkeit einer starken, geschlossenen Arbeiterbewegung. Wir kommen beim Friedensschluß vor einem schier unabherrschbaren Feld unmittelbarer praktischer Aufgaben zu stehen, die aber, um richtig gelöst zu werden, schon vorher abgeklärt und in Angriff genommen sein müssen. Unsere volle Mitarbeit hierbei liegt im dringendsten Interesse der Arbeiterschaft. Und je geschlossener wir daran gehen, um so besser werden die Erfolge sein.

Dr. Gerhard Albrecht legt einen großen Wert auf die Betonung, daß der Boden für die große Umgestaltung nicht erst beim Frieden, langsam Schritt für Schritt, gesucht werden müsse, sondern daß umgekehrt zu verfahren sei, als es Ende 1914 und Anfang 1915 der Fall war. Die Notwendigkeit der Vorbereitung auf den Tag, wo unsere Heere heimkehren, hat das Reich in der Bestellung eines Reichskommissars für Uebergangswirtschaft und eines ihm zur Seite stehenden Beirats anerkannt. Für die ihnen obliegende Arbeit hat der Staatssekretär Dr. Helfferich in großen Zügen ein Programm entwickelt, bei dem er die Arbeiterfrage, die Rohstofffrage und die Kreditfrage als die Hauptprobleme der Uebergangswirtschaft kennzeichnete. Dr. Albrecht hält die Arbeiterfrage, das heißt die Eingliederung der heute im Felde Stehenden irgendwie in den Wirtschaftsorganismus, als die wichtigste unter den dreien. Aber er findet, daß sie heute noch hinter die beiden anderen Fragen zurückgestellt ist. Die bisherigen Verhandlungen in dem Reichstagsausschusse für Handel und Gewerbe, dem die Fragen der Ueberführung der Kriegswirtschaft in die Friedenswirtschaft überwiesen worden sind, bestärken ihn in dieser Auffassung. Diese Verhandlungen lassen erkennen, daß das Reichskommissariat für Uebergangswirtschaft fast ausschließlich eine Zentrale für die wirtschaftlich-technische Durchführung der Rohstoffversorgung darstellt; seine Mitarbeiter sind lediglich aus den Kreisen der Finanz, des Handels, Gewerbes und Transportgewerbes berufen worden; die notwendige Zugabe von Vertretern der Arbeiter- und Angestelltenverbände wenigstens in den Beirat für Uebergangswirtschaft fand wenig Gegenliebe beim Staatssekretär Dr. Helfferich, der in einer einleitenden Rede die Arbeiterfrage auch nur ganz lose streifte. Ebenjowenig

würden. Unsere Gauleitung in Stettin hat nun den zuständigen Schlichtungsausschuss Straßburg angerufen...

Zur Teuerungszulage in Lüdingen. Die erneute Eingabe der Unternehmer (vergleiche die Notiz in Nr. 32/33 des „Zimmerer“...

Nachdem bereits eine Erklärung der Unternehmer vorliegt, wonach der Bezahlung der Teuerungszulage nicht entgegensteht, wenn sich die Stadtverwaltung den Vereinbarungen...

Berichte aus den Zahlstellen.

Darmstadt. Am 30. August dieses Jahres sind seit der Gründung unserer Zahlstelle zwanzig Jahre verfloßen. Schon vor dieser Zeit hatten sich die Zimmerer von Darmstadt...

Bei Beginn des Krieges, am Schlusse des zweiten Quartals 1914, zählte die Zahlstelle 196 Mitglieder. Bis zum Schlusse des zweiten Quartals 1917 sind eingetreten...

Die Einnahmen und Ausgaben für die Zahlkassa während der drei Kriegsjahre schließen mit M 10.588,19 ab. Auch die Lokalkasse schließt während der Kriegszeit verhältnismäßig günstig ab...

Ungemein schwer hält es gegenwärtig, die Agitation in der gewöhnlichen Weise zu betreiben. Zunächst sind es die weit auseinanderliegenden Kriegsbauten, an welchen die Kameraden arbeiten...

Hamburg und Umgegend. Unsere Zahlstellenversammlung am 15. August im Gewerkschaftshaus erbrachte vor Eintritt in die Tagesordnung das Andenken der seit der letzten Versammlung gefallenen und gestorbenen Kameraden...

Wien. Am 11. August fand gleich nach Feierabend eine Vorstandssitzung und Vertrauensmännerziehung statt. Seiner waren die Kameraden nicht vollständig erschienen...

Saarbrücken. Am 5. August tagte eine Mitgliederversammlung mit folgender Tagesordnung: Abrechnung vom zweiten Quartal; Verbandsangelegenheiten und Beschlüsse...

Frankfurt. Am 10. August fand ein Beiratsmeeting statt. Die Tagesordnung umfasste die Abrechnung vom zweiten Quartal und die Beschlüsse...

Leipzig. Am 10. August fand eine Mitgliederversammlung statt. Die Tagesordnung umfasste die Abrechnung vom zweiten Quartal und die Beschlüsse...

des Lohnes einzutreten. In einzelnen Geschäften stoßen wir auf Widerstand, da dort eine Anzahl Unorganisirter beschäftigt ist.

Am 13. August hielten die bei der Firma Weß & Freitag in Bötzingen beschäftigten Kameraden eine Platzversammlung ab, in welcher die auf dem Bauplatz herrschenden Mißstände besprochen wurden.

Literarisches.

Im Verlag von J. G. B. Diez Nachf., G. m. b. H. in Stuttgart, ist soeben erschienen: Marxismus, Krieg und Internationale. Kritische Studien über offene Probleme des wissenschaftlichen und des praktischen Sozialismus...

Das vorliegende Werk macht den Versuch, aus dem unergreiflichen Parteistreit heraus zu neuer Geschlossenheit der Sozialdemokratie zu leiten; man kann nur wünschen, daß ihm das gelingt.

Versammlungsanzeiger.

- Dienstag, den 4. September: Bitterfeld: Im Restaurant „Hohenjollern“... Langensalza: Im „Oberem Felseneller“... Spremberg: Bei Lämmel, Pfortstr. 14.
Mittwoch, den 5. September: Hottb.: Abends 8 1/2 Uhr bei O. Baumann, Dockenhuden.
Freitag, den 7. September: Cassel: Abends 8 Uhr im Gewerkschaftshaus, Obere Karlsstraße 17... Düsseldorf: Abends 8 1/2 Uhr im Volkshaus, Flingerstraße 17/19.
Sonntag, den 8. September: Rulmbach: Nach Feierabend bei Hans Hoh, Friedhofstraße.
Sonntag, den 9. September: Lindau: Vormittags 10 Uhr im Gasthaus „Zur Linde“... Rendsburg: Nachmittags 8 1/2 Uhr im „Kaiserhof“.

Anzeigen.

Alle Anfragen usw. in Zahlstellenangelegenheiten sind von jetzt ab an untenstehende Adresse zu richten. E. Schuchmillski, Potsdam, Victoriastraße 77.

Verkehrlokale, Herbergen usw.

- Berlin. Arbeitsnachweis und Bureau der Zahlstelle des Zentralverbandes der Zimmerer...
Chemnitz. Bureau und Arbeitsnachweis befinden sich im Volkshaus „Kolliseum“...
Dormmünd. Verbandsbureau, Arbeitsnachweis und Herberge im Gewerkschaftshaus...
Darmstadt. Bureau des Zentralverbandes der Zimmerer Hamburgs und Umgegend...
Dresden. Bureau der Zahlstelle des Zentralverbandes der Zimmerer...
Hamburg-St. Georg. Verbandslokal für Bezirk 4...
Hamburg-Straßberg. Verbandslokal, Beschlüsse...
Hamburg-Winterhude. Verbandslokal bei Peter Schmidt...
Mannheim. Zahlstellenbureau: Gewerkschaftshaus...
München. Bureau der Zahlstelle und Arbeitsnachweis: Poststraße 40/44, Gewerkschaftshaus...